1. Thesen für eine stärkere Bürgerbeteiligung

Méi Biirgerbedeelegung:
- eng onerlässlech Ergänzung zur repräsentativer Demokrati

Im politischen Diskurs werden vielfach Formen direkter Bürgerbeteiligung und -mitwirkung als "Konkurrenz" zur repräsentativen Demokratie angesehen. Dies ist sicherlich nicht der Fall - genau das Gegenteil trifft zu. Die direkte Demokratie ist eine logische und unerläßliche Ergänzung zur repräsentativen Demokratie. Einerseits da sie für das Kollektivwesen einen vielfachen Nutzen darstellt und andererseits da es unerläßlich ist, Bürgerinnen auch zwischen den Wahlterminen aktiv in die Prozesse einzubeziehen. Die Herausforderungen unserer Gesellschaft sind derart gewaltig, daß eine ausschließliche Begrenzung politischer Diskussionen auf elektorale Termine unverantwortlich und nicht zeitgemäß erscheint.

- eng Viraussetzung fir eng wirklech demokratesch Gesellschaft

Vielfach wird mit Bedauern ein Verlust der Partizipation der Bürgerinnen am gesellschaftlichen Geschehen sowie ein fehlendes Bewußtsein für politische Problemstellungen oder gar ein gewisser "Nimby-Effekt" angeprangert Diese Tendenzen mögen in der Tat in unserer Gesellschaft feststellbar sein. Doch: es sind politisch (gewollte?) Randbedingungen, die dieses Verhalten geradezu fördern, ja hervorrufen: untransparente Entscheidungsprozesse, unzureichende Einbindung der Bürgerinnen, eine zu starke Verlagerung von Diskussionen in geschlossene Gremien ... tragen erheblich zu dieser Entfremdung bei.
Wer mehr Demokratie, mehr Verständnis für Entscheidungsprozesse, mehr Engagement und eine offene politische Streitkultur möchte, muß sehr gezielt die Weichen im Sinne einer stärkeren Bürgerbeteiligung setzen und die erforderlichen Voraussetzungen hierzu schaffen.

Viele BürgerInnen, die sich vielleicht ansonsten nur für ihren privaten Bereich interessieren würden, gewinnen so Interesse an der allgemeinen Entwicklung ihres Viertels bzw. ihres Dorfes, identifizieren sich somit derart stärker mit ihrer Gemeinde und nehmen auch stärker an der aktiven Gemeinde- und Gesellschaftspolitik teil.

- eng gesellschaftlech Noutwendegkeet

Unsere Gesellschaft steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor gewaltigen Herausforderungen, sei es beim Umbau des Sozialsystems, dem Aufbau einer globalen Gerechtigkeit, der Konkretisierung des Projektes Europa oder im Umweltbereich.

Eine Akzeptanz für die notwendigen Veränderungsprozesse bei einer breiten Basis der

Bürgerinnen aller Bevölkerungsschichten ist die Voraussetzung schlechthin, damit unsere Gesellschaft diesen Herausforderungen gerecht werden kann. Diese Akzeptanz für Reformen und neue Visionen wird jedoch nur dann gegeben sein, wenn die Bürgerinnen aktiv an deren Entwicklung mitwirken konnten und diese auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen. Visionen brauchen Fahrpläne - brauchen konkrete Schritte der Umsetzung, die nur dann tatsächlich eine Chance hat, wenn sie von der breiten Bevölkerung getragen werden.

Es gilt dabei vor allem auf der Ebene der Gemeinden aktiv zu werden. Denn gerade die Nähe der Gemeinde zu den Bürgerinnen ermöglicht offene Partizipations- und Kommunikationsformen. Denn wo sonst, wenn nicht auf Gemeindeebene, bietet sich die Chance zur Gewährleistung einer direkten Beteiligung der Bürgerinnen an politischen Meinungsbildungs-und Entscheidungsprozessen?

Vor allem - und dieser Vorteil kann nicht hoch genug bewertet werden - entsteht nur durch eine demokratische Beteiligung der Einwohnerinnen ein lebendiges soziales Leben in der Gemeinde, ein kultureller Austausch, eine Diskussion über Wertevorstellungen und Prioritäten einer Gesellschaft - die aktive Bürgerbeteiligung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Förderung einer gemeinsamen gesellschaftlichen Identität über Partikularinteressen hinaus.

- eng Viraussetzung fir nei Iddien a Visiounen

Neue Konzepte und Ideen stoßen in unserer Gesellschaft vielfach auf Skepsis - es besteht eine gewisse Tendenz an altbewährtem (so umstritten es auch sein mag) festzuhalten, neue Wege nur zögernd zu begehen, vor Änderungen zurückzuschrecken.

Unsere Gesellschaft braucht jedoch Innovation, neue Ideen ... um eine zukunftsfähige und lebenswerte Gesellschaft für die kommenden Generationen zu sichern und dem mit Gewalt einbrechenden neo-liberalen Tendenzen, sozial- und umweltverträgliche und demokratisch legitimierte Alternativen gegenüber zu setzen. Gerade in einem Mehr an Bürgerbeteiligung liegt die Chance, festgefahrene Strukturen aufzubrechen und stärker als bisher neue Ideen zu entwickeln - vom Tauschring über das Teilen von Gütern bis hin zu neuen Mobiiitätskonzepten oder Wohnformen bis zu einer Aufwertung regionaler Wirtschaftsformen (über Grenzen hinaus).

- en wesentlecht Instrument fir Fehlplanungen ze verhënneren a sachgerecht Léisungen ze sëcheren

Zudem liegen die praktischen Vorteile demokratischer Strukturen auf der Hand. Es ist mittelfristig gesehen weitaus sinnvoller, Bürgerinnen in Entscheidungsprozesse einzubinden, alle Fakten offen auf den Tisch zu legen, transparent das Pro und Kontra sowie die Stellungnahmen der verschiedenen Interessegruppen darzulegen und auf dieser Basis eine offene Diskussion zu führen, als hinter vorgehaltener Hand Projekte auf undemokratische Art und Weise vermeintlich schneller zu hanhaben:

- Demokratie bedeutet längstens nicht mehr nur, daß einige wenige die alleinige Verantwortung für alle Aspekte der Gemeindepolitik tragen müßten: Einbindung der Bürgerinnen erlaubt in einem gewissen Sinne auch eine Teilung der Verantwortung, auch wenn der Gemeinderat selbstverständlich das letzte Wort zu sprechen haben wird;
- Durch eine breite Diskussion mit den Bürgerinnen im Vorfeld eines Projektes können Fehlplanungen vermieden werden und das Interesse der Bürgerinnen optimal gewahrt werden: Wie will man z.B. eine flächenhafte Verkehrsberuhigung in die Praxis umsetzen, wenn nicht in dem entsprechenden Viertel die Einwohnerinnen in den Entscheidungsprozeß miteinbezogen werden.
- Die Bürgerinnen lernen bestimmte Sachzwänge der Gemeinde kennen und somit auch einzelne Beschlußfassungen verstehen - wobei jedoch seitens der Gemeinde gezielt gefördert werden soll, daß über diese Sachzwänge hinaus auch Visionen für die Gemeinde von morgen entwickelt werden.

- eng Meiglechkeet zur Abannung vun alle Bevölkerungsgruppen an Entscheedungsprozesser

Heutige Kommunikationsformen laufen darauf hinaus, daß häufig nur bestimmte gesellschaftliche Schichten in das Politikgeschehen eingreifen bzw. mitwirken. Das Interesse von Jugendlichen, ausländischen Einwohnerinnen, sogenannten Randgruppen (Behinderte, soziale Benachteiligte) für das Politikgeschehen wird selten geweckt. Diese Vorgehensweise führt aber mittel- oder langfristig zu einer weiteren Entfremdung in der Geselleschaft. Deshalb ist es unerläßlich über neue Mitbeteiligungsformen die Einbindung aller Bevölkerungskreiseherbeizuführen.

Bedeelejung heescht méi wi nemmen Informatiounspolitik

Zwischen einer zufriedenstellenden Informationspolitik und einer direkten Bürgerbeteiligung oder -mitwirkung gibt es einen wesentlichen Qualitätssprung.
Eine offensive Informationspolitik - über den "Gemengebued", Informationsversammlungen usw. - sollte mittlerweile eine Selbstverständlichkeit sein. Sie alleine stellen jedoch noch keine aktive Bürgerbeteiligung dar. Diese erfordert in der Tat partizipative Strukturen, die über die reine Information hinausgehen.